

PRESSEMITTEILUNG

Globale Unsicherheiten

EU muss Stärke beweisen

Die Europäische Union steht 2017 vor großen Herausforderungen und Unsicherheiten: Donald Trump, der Brexit und wirtschaftliche Probleme in der Eurozone drohen, den Freihandel einzuschnüren und die Wirtschaft langfristig auszubremsen. Doch die EU kann reagieren: Sie muss die eigenen Hausaufgaben machen.

Nach Jahrzehnten des Wachstums drohen der EU und dem Freihandel erstmals harte Rückschläge: Donald Trumps Präsidentschaft stellt die transatlantischen Beziehungen auf die Probe – der Protektionismus ist auf dem Vormarsch. Zudem bedrohen die wirtschaftliche Krise in Italien und der Brexit die Zukunftsfähigkeit der Union. Europa muss sich auf diese Unsicherheiten einstellen und Handlungsfähigkeit beweisen:

- Brüssel muss um den Brexit hart, aber fair verhandeln, um zu verhindern, dass sich die Union weiter auflöst. Die vier Grundfreiheiten – freier Verkehr von Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen – dürfen nicht in Frage gestellt werden. Langfristig hat London mehr zu verlieren als die EU: Der britische Wohlstand könnte bei einem harten Brexit langfristig um bis zu zehn Prozent sinken.
- Italien ist das Sorgenkind der Eurozone: Banken und Unternehmen leiden unter einer anhaltenden Kreditkrise und drohen handlungsunfähig zu werden. Die Finanzaufsicht muss den Druck hoch halten, um verschleppte Probleme mit notleidenden Krediten zu lösen. „Nur wenn die Bankenprobleme gelöst werden, kommt die italienische Wirtschaft wieder auf die Beine und können die populistischen Bewegungen geschwächt werden“, sagt IW-Direktor Michael Hüther.
- Da sich der Euroraum weiter erholt, Energiepreise und Inflationserwartungen steigen, droht keine Deflation mehr. Die Europäische Zentralbank muss nun die Finanzstabilitätsrisiken in den Blick nehmen, die sich durch die Niedrigzinsphase für Banken und Versicherungen ergeben. Daher sollte in zwei Schritten der negative Einlagezins für Banken auf Null gesetzt und der Leitzins auf 0,25 Prozent erhöht werden. Wenn sich die Wirtschaft weiter erholt, muss das Anleihekaufprogramm im Jahr 2017 auslaufen und danach die Zinswende mit allmählichen Zinserhöhungen beginnen.

Auch international muss die EU ihren Einfluss geltend machen. „Brüssel muss die Prinzipien des Freihandels stärken und sich Protektionismus à la Trump entschieden entgegenstellen“, sagt Hüther. Europa ist stark – muss dies aber jetzt unter Beweis stellen.

Ansprechpartner im IW: **Prof. Dr. Michael Hüther, 0221 4981-600**

**iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.**



Michael Grömling / Jürgen Matthes

Deutsche Unternehmen sehen den Brexit gelassen

Das Vereinigte Königreich (UK) will zwar aus dem Binnenmarkt austreten, mit einem umfassenden Freihandelsabkommen aber einen weitgehenden Zugang zu den EU-Absatzmärkten behalten. Es ist jedoch fraglich, ob sich die Europäische Union darauf einlässt. Die Brexiteers behaupten, dass vor allem deutsche Unternehmen, die sich um ihre Exporte in das UK sorgen, auf weiche Kompromisse zugunsten der Briten drängen, um weiterhin möglichst ungehindert Handel treiben zu können. Eine Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) stellt diese Sichtweise jedoch infrage.

Das IW Köln hat im Oktober und November 2016 rund 2.900 Firmen in West- und Ostdeutschland zu ihren Erwartungen über die Auswirkungen des bevorstehenden Brexits auf Exporte, Investitionen, Beschäftigung, Personalplanung und Produktionsprozesse befragt. Dabei ergab sich Folgendes: Mehr als 90 Prozent der befragten Unternehmen sehen keine starken Auswirkungen des Brexits auf die genannten Geschäftstätigkeiten. Sie stehen demnach dem Brexit deutlich gelassener gegenüber, als viele Brexiteers vermuten. Die britische Verhandlungsposition scheint somit deutlich weniger stark zu sein.

Die Umfragedaten ermöglichen vielfältige Einsichten in die Betroffenheit der deutschen Wirtschaft durch den Brexit (Tabelle). Am stärksten betroffen sind die Exportperspektiven in das UK. Knapp 10 Prozent der befragten Firmen erwarten hier mittelfristig (ab 2018) starke Beeinträchtigungen aufgrund der Abwertung des britischen Pfunds. Mit starken negativen Auswirkungen auf Investitionen und Beschäftigung rechnen nur 2 bis 3 Prozent der Unternehmen. Die Auswirkungen auf Exporte und Investitionen werden im Folgenden differenziert.

Wechselkursbedingte Exporteinbußen werden eher von Unternehmen erwartet, die stärker in den Außenhandel eingebunden sind:

- Bei der Branchenunterscheidung sehen 14 Prozent der Firmen aus der Industrie starke und 36 Prozent leicht negative Auswirkungen, während es bei den Dienstleistern jeweils nur 5 und 18 Prozent sind.
- Ähnlich sind die Divergenzen zwischen den west- und ostdeutschen Betrieben.
- Besonders starke Unterschiede existieren mit Blick auf die Unternehmensgröße: Von den Großunter-

Erwartete Auswirkungen des Brexits in Deutschland

Angaben in Prozent der befragten Unternehmen

	Beeinträchtigung der eigenen Exporte nach UK durch Wechselkursnachteile		Beeinträchtigung der eigenen Investitionen durch geringere eigene Geschäftstätigkeit mit UK		Begünstigung der eigenen Geschäftstätigkeit durch positive Umlenkungseffekte	
	Trifft wenig zu	Trifft stark zu	Trifft wenig zu	Trifft stark zu	Trifft wenig zu	Trifft stark zu
Alle Unternehmen	27	10	15	2	22	2
Industrie	36	14	19	2	25	2
Dienstleistungen	18	5	11	2	18	3
Großunternehmen	40	20	21	2	25	1
Kleine und mittlere Unternehmen	26	8	15	2	22	2
Westdeutschland	29	11	16	2	22	2
Ostdeutschland	18	6	10	1	19	2

Mittelfristige Auswirkungen ab dem Jahr 2018.

Rest zu 100: Trifft nicht zu.

Quelle: IW-Befragung von 2.309 Unternehmen in Westdeutschland und 572 Unternehmen in Ostdeutschland im Oktober/November 2016



nehmen mit mehr als 500 Beschäftigten erwarten rund 20 Prozent eine starke und rund 40 Prozent eine leichte wechsellkursbedingte Exportbeeinträchtigung. Von den kleinen und mittleren Betrieben fühlen sich nur rund 8 Prozent stark und rund 26 Prozent leicht betroffen.

Doch nur 2 Prozent der befragten Großunternehmen gehen trotz der exportseitigen Betroffenheit davon aus, dass der Brexit ihre Investitionen stark beeinträchtigen wird. Über alle Firmenkategorien hinweg zeigen sich bei den stärkeren Investitionsauswirkungen bemerkenswert geringe Unterschiede. Bei den leichten Beeinträchtigungen der eigenen Investitionstätigkeit wird wiederum die erwähnte Differenzierung sichtbar: eine relativ höhere Betroffenheit der Industrie (19 Prozent), der westdeutschen Firmen (16 Prozent) und der Großunternehmen (21 Prozent).

Doch der Brexit kann die deutsche Wirtschaft auch positiv beeinflussen. Knapp ein Viertel der Firmen erwartet, dass die eigene Geschäftstätigkeit durch Umlenkungseffekte zulasten der britischen Wirtschaft profitiert. Das ist sogar ein etwas höherer Anteil als bei der Antwortkategorie Investitionsbeeinträchtigung.

Zum Beispiel könnten bisherige EU-Käufer britischer Waren aufgrund von neuen EU-Importhemmnissen nach dem Brexit nicht länger UK-Produkte kaufen, sondern Produkte deutscher Firmen nachfragen. Derartige Umlenkungseffekte sehen Industriefirmen (27 Prozent) eher als Dienstleister (21 Prozent). Die Unterschiede bei den übrigen Firmenkategorien sind relativ gering.

Literatur

Busch, Berthold, 2016, Ökonomische Konsequenzen eines Austritts aus der EU: am Beispiel des Brexits, IW-Analysen, Nr. 112, Köln

Busch, Berthold / Diermeier, Matthias / Goecke, Henry / Hüther, Michael, 2016, Brexit und die Zukunft Europas – eine spieltheoretische Einordnung, in: Wirtschaftsdienst, 96. Jg., Nr. 12, S. 883–890

Matthes, Jürgen / Busch, Berthold, 2016, Was kommt nach dem Brexit?, Erwägungen zum zukünftigen Verhältnis zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich, IW-Report, Nr. 37, Köln